



In 1 Minute auf den Punkt

Tschechien lehnt Flüchtlingsaufnahme nach Quote ab



Seit längerer Zeit wird eine Aufnahmequote für Flüchtlinge in der EU gefordert. Doch was sagen der tschechische Ministerpräsident und die Regierungen seiner Nachbarländer dazu?

Der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš will in seinem Land keine Flüchtlinge aufnehmen. Dem Nachrichtenmagazin Focus antwortete er auf die Frage, ob sein Land bereit sei, Migranten nach einer Quote aufzunehmen: „Nein, denn das ist keine Lösung.“ Die illegale Migration bezeichnete er vielmehr als „das größte Problem Europas“. Die EU könne „nicht den ganzen Planeten retten“. Auch Polen, die Slowakei, Ungarn, und die neue Regierung in Österreich lehnen die von Brüssel geforderten Maßnahmen rigoros ab. Diese Länder wollen keine zunehmende Überfremdung ihrer einheimischen Bevölkerungen zulassen.

von mr.

Quellen:

<http://www.epochtimes.de/politik/europa/tschechien-lehntfluechtlingsaufnahme-nach-quote-ab-eu-kann-nicht-den-ganzen-planeten-retten-a2264664.html>

Das könnte Sie auch interessieren:

#1MinuteAufDenPunkt - In 1 Minute auf den Punkt -
www.kla.tv/1MinuteAufDenPunkt

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.